

SPD beschließt Antrag auf Verbot der rechtsextremen AfD (30.6.2025). Ein Verbot der AfD ist notwendig, aber unzureichend, weil die tieferen gesellschaftlichen Ursachen der autoritären Sehnsüchte beseitigt werden müssen. Es sind nicht bloß irrationale Einzelne, die dem autoritären Charakter anhängen, sondern gesellschaftliche Tendenzen, die diesen Charakter immer wieder hervorbringen. Ein Verbot könne bestenfalls Symptome bekämpfen, denn was sich in der AfD artikuliert, ist kein ernstzunehmendes politisches Parteiprogramm, sondern eine psychologische Disposition breiter Bevölkerungsschichten, die nationalistischem, vorurteilsbehaftetem und autoritärem Denken anhängen. Ein Parteiverbot ohne Aufklärung der Ursachen von Demokratiefeindschaft könnte sogar ins Gegenteil umschlagen und rechtsradikalen Agitatoren weiteres Material für ihre Opfermythen liefern.

Andererseits untergräbt eine liberale Demokratie, die sich nicht entschlossen gegen rechtsextreme Tendenzen wehrt, ihre eigenen Grundlagen. Toleranz gegenüber den Intoleranten ist keine Tugend, sondern Komplizenschaft. Das Verbot der AfD ist also juristisch gerechtfertigt und notwendig. Dennoch bleibt es ein äußerliches Mittel und muss flankiert werden durch umfassende politische Bildung und soziale Reformen, die den Nährboden für den Autoritarismus austrocknen. Ohne den Mut zur kritischen Selbstreflexion der demokratischen Gesellschaft wird der Ungeist, der solche Bewegungen erzeugt, nicht verschwinden.

KI und Quantencomputer (29.6.2025). Hartmut Neven, ein Ingenieur von Google ist derzeit dabei, Quantencomputer mit KI zu verschalten (Quantum AI), um das menschliche Bewusstsein zu entschlüsseln. Das ist Symptom einer gesellschaftlichen Totalität, die Vernunft auf instrumentelle Rationalität reduziert. KI und Quantencomputer dienen vor allem der Steigerung von Effizienz, Kontrolle und Prognosefähigkeit. Sie sind Teil des großen Projekts, alles Wirkliche berechenbar und verwertbar zu machen. Technik wird zum Selbstzweck, und ihr Einsatz erscheint als Naturgesetz, dem sich die Gesellschaft unterwirft. Die Durchdringung aller Lebensbereiche durch algorithmische Systeme führt zu einer neuen Form der Entfremdung: Menschen werden auf Datenprofile reduziert, Subjektivität wird nach Maßstäben der Optimierung normiert, und Entscheidungen werden von Maschinen gefällt, deren Funktionslogik sich dem Einzelnen entzieht. Quantencomputer radikalisiert diese Entwicklung, indem sie Rechenkapazitäten bereitstellen, die weit über menschliche Vorstellung hinausgehen. Je perfekter das System, desto vollständiger die Unterwerfung. Auch wenn KI und Quantencomputer Lösungen für reale Probleme liefern können, entziehen sie sich demokratischer Kontrolle, solange sie in den Händen weniger Konzerne und Staaten bleiben. Mit KI-Programmen wird Kreativität simuliert und standardisiert. Der Anschein von Individualität maskiert die Austauschbarkeit der Produkte. Das Publikum konsumiert, was der Algorithmus empfiehlt, und hält es für das eigene Bedürfnis. Die triumphierende Kybernetik, die in der künstlichen Intelligenz und in der Quantentechnologie kulminiert, ist Teil jener Vernunft, die im Begriff steht, ihren Ursprung zu verleugnen: das kritische, negative Denken. Indem das Rechnen alle Sphären des Daseins kolonisiert, wird das Unberechenbare – das Moment des Nicht-Identischen – endgültig dem Mythos der Machbarkeit unterworfen. Künstliche Intelligenz und Quantencomputer sind Ausdruck einer Gesellschaft, die alles kontrollieren will. Sie verstärken Entfremdung und Ohnmacht. Sie dienen der Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse. Ihr Fortschritt ist nicht neutral, sondern ideologisch aufgeladen.

Glanz und Glamour (28.6.2025). Die exklusive Promi-Hochzeit von Amazon-Milliardär Jeff Bezos und der TV-Moderatorin Lauren Sánchez mit 200 handverlesenen Gästen in Venedig, diese als „Hochzeit des Jahres“ vermarktete Dekadenz-Show, ist ein Paradebeispiel für die Verblendung moderner Kulturindustrie und für den Zusammenhang von Kapitalmacht, Spektakel und gesellschaftlicher Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse. Die öffentliche Inszenierung der privaten Bindung zweier Individuen, deren ökonomische Potenz die Grenzen der Vorstellbarkeit übersteigen, manifestiert in ihrer selbstgefälligen Pracht nichts anderes als die Affirmation des Status quo. Die Hochzeit wird zum auratischen Ereignis, dessen Prunk den Mangel an gesellschaftlicher Reflexion bemäntelt. Im Glanz des Spektakels erscheint der unvorstellbare Reichtum als natürliche Auszeichnung, während sich die Zuschauer in die Rolle freiwilliger Vasallen fügen. Das bürgerliche Ritual der Ehe, ohnehin durchökonomisiert, kulminiert hier in einem Markenzeichen des spätkapitalistischen Fetischcharakters: Die Prominenz ist nicht mehr Medium der Distinktion, sondern bloßes Exponat der Warenwelt, die ihre eigenen Akteure zur Schau stellt. Die Ehe wird nicht als persönliche Beziehung gelebt, sondern als öffentliches Spektakel zur Demonstration von Reichtum. Solche Ereignisse suggerieren, Reichtum und Ruhm seien Resultate individueller Leistung, nicht Ausdruck struktureller Ungleichheit und gnadenloser Ausbeutung. Die Medienberichterstattung macht daraus ein Konsumprodukt, das die Zuschauer passiv fasziniert und die soziale Ungleichheit naturalisiert. Der ganze Prunk dient nicht der Liebe und Gemeinschaft, sondern dem reinen Status und der öffentlichen Aufmerksamkeit. Wer solche Ereignisse bewundert, nimmt die eigenen Interessen nicht mehr wahr, sondern identifiziert sich mit der Macht, die ihn unterwirft. Diese „Hochzeit des Jahres“ ist ein Symbol des Spätkapitalismus, in dem private Lebensvollzüge zur Bühne ökonomischer Überlegenheit und ideologischer Affirmation degenerieren.

Völkermord und Kriegswirtschaft (27.6.2025). Der aktuelle militärische Konflikt zwischen Juden und Muslimen, der Gaza-Krieg Israels gegen die Palästinenser, die US-militärische Bombardierung der iranischen Atomanlagen und der nun schon länger als drei Jahre anhaltende Angriffs- und Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine versetzen die Menschen in Kyjiw, in Tel Aviv, in Gaza und in Teheran sowie in anderen Städten und Regionen in Todesangst. Doch die Betroffenheit über getötete Menschen ist ungleich verteilt. Manche Todeszahlen sind den Medien kaum eine

Meldung wert, andere dagegen schon. Aus grundsätzlichen Erwägungen gibt es jedoch keine Begründung, zwischen einem getöteten oder bedrohten Kind in Gaza, in Tel Aviv, in Kyjiw, in Teheran zu unterscheiden. Wir können sie uns alle heute nur als Gleichwertige vorstellen, auch wenn sie, denkt man an die beteiligten Parteien, in Regionen leben, in denen der Wert des einzelnen Lebens sehr unterschiedlich geachtet wird, auch das der eigenen Leute. Dennoch ist jedes getötete Leben eine Tragödie – mit der Einschränkung, dass die Tötung strategisch relevanter Personen, allesamt Mörder und Kriegsverbrecher, kaum zu Trauer Anlass gibt. Religiöse oder nationale Identitäten können schnell in kollektive Feindbilder umschlagen. Kollektiver Hass ist immer Ausdruck von irrationalen Projektionen: Der Antisemit ist derjenige, der den Juden braucht. Wer „die Juden“ oder „die Muslime“ als monolithische Feinde konstruiert, entlastet sich selbst von eigener Verantwortung und Komplexität. Im Nahostkonflikt wird die Aufklärung über sich selbst zu Ideologie und Propaganda, wenn sie instrumentalisiert wird, ohne das Leiden aller ernst zu nehmen. Menschen suchen in Krisenzeiten nach klaren Feindbildern. Das Ressentiment gegen „den Anderen“ (ob Juden oder Muslime) nährt sich aus Angst, Kränkung und autoritärer Hörigkeit. Der Hass wird dadurch stabilisiert, dass man sich als Teil einer überlegenen Gruppe wähnt. Doch die Gleichsetzung der Gewalt wird suspekt, wenn sie historische Verantwortung verwischt. Kein Leid darf vergessen werden, kein Leid darf gegen ein anderes verrechnet werden. Kritisches Denken, Aufklärung und Empathie – so prekär, naiv, unrealistisch und emotional sie sein mögen – bleiben die einzige Möglichkeit, Barbarei entgegenzuwirken. Konflikte sind nicht durch moralische Gleichsetzungen oder Dämonisierungen lösbar. Ideologische Propaganda muss immer kritisiert werden. Solidarität mit den Opfern hat Vorrang, ohne den historischen Kontext auszublenden. Aufklärung und Selbstreflexion sind die Voraussetzungen, um Hass nicht weiter zu perpetuieren. Die Herstellung von Waffen ist zu verbieten ebenso wie der Einsatz noch vorhandener Waffen.

KI (26.6.2025) Denken, lernen, erkennen, verstehen und entscheiden umfassen mehr als programmierte und selbstlernende KI-Programme tun. Den Unterschied zwischen menschlicher und maschineller „Intelligenz“ bzw. Erkenntnis wird in Platons „Menon“ deutlich (dem Dialog zwischen Sokrates und Menon). Darin geht es um die Frage, ob Tugend (eine moralisch wünschenswerte Haltung, aber auch Tüchtigkeit und Vortrefflichkeit) erlernt und eingeübt werden kann oder ob sie angeboren ist. Dazu führt Sokrates das Konzept der „richtigen Vorstellung“ ein. Wer über einen Weg (bzw. eine Handlung) die richtige Vorstellung hat, ohne ihn je gegangen zu sein (bzw. sie ausgeführt zu haben), der wird ans Ziel gelangen und kann andere dorthin führen. In der Praxis ist eine richtige Vorstellung ebenso nützlich wie gesichertes Wissen ($1+1=2$, Athen ist die Hauptstadt Griechenlands). Allerdings ist sie im Gegensatz zu Erkenntnis und Wissen nicht durch eine unumstößliche Begründung fundiert. Daher ist sie unbeständig, sie kann sich verflüchtigen und taugt somit nicht zum Unterrichtsstoff. Aber sie verdeutlicht, wie sich Erkenntnisse bilden, denn es ist möglich, eine zutreffende Vorstellung durch „Festbinden“ in Wissen umzuwandeln. Mit „Festbinden“ ist gemeint, dass man den betreffenden Sachverhalt so erfasst hat, dass man ihn erklären kann und für das, was man darüber aussagt, eine stichhaltige Begründung hat, weil man es in den Kontext seines bisherigen Wissens und Erkennens integriert hat. Eine Erkenntnis zu haben, bedeutet mehr als alle Tatsachen über eine Sache oder ein Problem zu kennen. Erkenntnisse gewinnt man mit dem Verständnis für die Bedeutung, den Sinn und die Zusammenhänge. Dann erst lässt sich entscheiden, was richtig und was falsch ist. Bei Sokrates' bzw. Platons weitergehender These von der „göttlichen“ Intuition, die dazu erforderlich ist, aber nicht allen Menschen zukommt, gehe ich freilich nicht mit.

Deutscher Erdüberlastungstag (3.5.2025) Sehenden Auges in die Katastrophe: Dass die Regierenden nicht wissen, was sie tun, denke ich nicht. Sie können nicht anders und müssen die Folgen ihrer Entscheidungen verdrängen. Wer es jedoch wahrhaben will, weiß, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Am 3. Mai war der deutsche Erdüberlastungstag. Seitdem leben wir auf Kosten der Natur, und mit den 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und den 100 Milliarden Euro für Waffen leben wir auf Kosten kommender Generationen. Mit Überausbeutung und Überkonsum manövrieren wir uns in klimatische und finanzielle Katastrophen. Das ist dem Wachstums- und Konkurrenzzwang unseres Wirtschaftssystems geschuldet und wäre nicht nötig, wenn der von allen produzierte Reichtum allen zugutekäme und nicht allein den Aktionären.

Bedingungsloses Grundeinkommen macht glücklich (28.4.2025) Das bedingungslose Grundeinkommen wirkt sich „signifikant positiv“ auf die Menschen aus. Das geht aus der ersten deutschen Langzeitstudie hervor, deren Ergebnisse durch den Verein „Mein Grundeinkommen“ vorgestellt wurden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger halte ich dennoch für sozial unausgewogen, weil es Menschen gibt, die das Grundeinkommen nicht benötigen. Allerdings halte ich ein existenzsicherndes Grundeinkommen bei fehlendem Einkommen durchaus für gerecht. Zudem ist es unbürokratisch zu verwirklichen. Dieses Grundeinkommen würde bestehende Sozialleistungen bis zur Armuts Grenze ersetzen und das Kindergeld einschließen. Dadurch könnte der Sozialstaat effizienter gestaltet werden.

Der Soli darf bleiben (27.3.2025) Wenn der Solidaritätszuschlag für aufgabenbezogenen Mehrbedarf – in diesem Fall die zusätzlichen Kosten für die Deutsche Einheit – solange rechtens ist, bis er offensichtlich wegfällt, dann sollte ein Soli für öffentliche Kinderbetreuung und Bildung sowie öffentlichen Nahverkehr und Digitalisierung ebenfalls offensichtlich rechtens sein.

Einigung auf Finanzpaket (15.3.2025) Fünfhundert Milliarden zusätzliche Ausgaben für Infrastruktur, Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung und andere wichtige Investitionen. Doch wer soll diese Kosten bezahlen? Logischerweise diejenigen, die am meisten von ihnen profitieren werden: die Vermögenden. Sie müssen einen fairen Beitrag leisten – durch höhere Kapitalertragsteuern, höhere Erbschaftsteuern und die Besteuerung extrem hoher Vermögen. Die Milliardäre brauchen den Staat nicht, aber der Staat die Milliardäre.

Mehr Adorno wagen (27.1.2025) Mehr Adorno für Deutschland wünsche ich mir, um scheinheilige Brandmauerdiskussionen zu kritisieren. Wer AfD-Politik macht und sagt, er wolle damit keine populistischen Stimmungen in Wählerstimmen ummünzen, betreibt Verdummungspolitik. Antidemokratische Tendenzen nahm Adorno bereits 1967 wahr, die er mit Entwicklungen in der Weimarer Republik verglich. Den Unterschied sah er darin, dass Bestrebungen gegen die Demokratie nicht mehr offen auftreten, sondern sich in ein demokratisches Gewand kleiden: „Man beruft sich auf die wahre Demokratie und schilt die anderen antidemokratisch.“ Die radikalen Nationalisten spielten schon damals die paradoxe Rolle von Opfern, die diejenigen Rechte für sich einfordern, die sie anderen verwehren wollen.

Alles geben (25.1.2025) Der Wahlkampf-Slogan der FDP „Alles geben, auch für Deinen Job“ illustriert eine Politik zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und stellt keine Kritik an Drückebergerei. Die erstrebenswerte Wirtschaftswende zu mehr Wachstum und Wohlstand beruht tatsächlich auf dem Gebenwollen oder, wie mein Chef sagt, auf der Bereitschaft zur Extra-Meile. Wer sich als nehmender Kunde immer bloß versorgen lassen möchte, ohne eine Gegenleistung geben zu wollen, hat unser derzeitiges Wirtschaftssystem nicht verstanden, denn das lebt vom Beitrag jedes Einzelnen – ganz nach seinen Möglich- und Fähigkeiten.

Abgekartetes Spiel (14.1.2025) Diese Bierdeckel-Politiker wollen sich wohl mit Alkohol über Wasser halten, damit sie leichter ertragen, dass ihre Zukunft grau ist. Wahrscheinlich wird sie sogar schwarz, wenn wir nicht „unser blaues Wunder“ erleben wie die Österreicher. Am Stammtisch ist es jedenfalls leichter, Politik zu machen als am Kabinetts-tisch, an dem Alpha-Tiere, die sich nicht mögen, so tun müssen, als seien sie beste Kumpane.

Geheimplan (11.12.2024) Die leicht dechiffrierbaren "Geheimwaffen" bestehen in Vernunft, Verantwortung und Freiheitswillen. Vernünftig ist es, nicht mehr auszugeben als das Grundgesetz erlaubt, die Eigenverantwortung der Bürger und Unternehmer zu stärken und für die Freiheit von Bürokratie und kleinlichen Vorschriften zu sorgen. Dieser Plan sollte keineswegs geheim bleiben, sondern dem gesunden Wählerverstand einleuchten.

Personalbeben in der FDP (30.11.2024) Die „offene Feldschlacht“ nach dem „D-Day“ zur „Befreiung“ Deutschlands von der Ampel-Koalition mündete in herbe Verluste an Generälen und Bodentruppen sowie an Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Die verbale Brutalisierung der Gesellschaft schreitet voran, und die langen Messer für den Wahlabend werden gewetzt. Momentan wiederholt sich die Tragödie der Weimarer Republik in Form einer Farce. Noch können wir verhindern, dass deren Folgen so barbarisch enden wie 1933 bis 1945.

Lindner-Papier könnte Ampel-Streit anheizen (31.10.2024) Die Ampel ist aus und hat auf gelbes Dauerblinker geschaltet. Nun gilt Rechts vor Links.

Für die meisten lohnt sich Arbeit mehr als Bürgergeld (24.10.2024) Die sogenannte Todeszone, in der sich Mehrverdienst nicht lohnt, besteht zwischen 2.965 Euro Bruttoeinkommen und 4.730 Euro. Wer alle staatlichen Finanzquellen anzapft, verfügt als Ehepaar mit zwei Kindern, das ein Bruttoeinkommen von 2.965 Euro erzielt, über ein verfügbares Nettoeinkommen von 3.825 Euro. Ein Ehepaar mit zwei Kindern, das ein Bruttoeinkommen von 4.730 Euro bezieht, das aber aufgrund des hohen Verdiensts weniger staatliche Finanzhilfen erhält, verfügt über ein verfügbares Nettoeinkommen von 3.964 Euro. Fazit: Von der Berufsarbeit, die 1.765 Euro Mehreinkommen bringt, bleiben 139 Euro mehr in der monatlichen Familienkasse. Lösung: Gezielte Anhebung der jeweiligen Hinzuverdienstgrenzen, sodass mehr staatliche Finanzquellen sprudeln. Alternativlösung: Generelle Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags um 1.765 Euro, damit die Steuerlast sinkt.

Aura (21.10.2024) Mir scheint, dass es sich beim neuen Jugendwort "Aura" (Ausstrahlung) um eine Verwechslung mit dem ähnlich klingenden Wort "Karma" (Handlung) drehen könnte, indem sich die Bedeutung von Aura "als einmaliger Erscheinung einer Ferne, so nah sie sein mag", die Walter Benjamin für Kunstwerke prägte, verschob zu einer Performance-Bewertung unter anderem von Sportlern, etwa bei Fehlritten: "gestolpert, minus 50 Aura". Mit dem Attribut der Aura, das aller vorfilmischen Kunst zukam, bezeichnete Benjamin den Schein einer durch den Zusammenhang verbürgten Transzendenz. Na klar: Sprache entwickelt sich, und es kommt zu Bedeutungsverschiebungen – nachplappern muss ich das nicht.

FDP für neue Todesdefinition (16.10.2024) Der FDP-Vorschlag, Organe bereits Herztoten entnehmen zu dürfen, mag vielleicht einen medizinischen Mangel ein wenig verringern helfen, doch moralisch gesehen erweitert er die Instrumentalisierung des menschlichen Körpers. Wegen dieses Vorschlags die FDP „in der Hirntodeszone“ anzusiedeln, halte ich allerdings für kurzschlüssig, zeugt er doch von einer geistigen Offenheit, die – konträr zum allgegenwärtigen Populismus einiger Parteien – nicht auf die vorschnelle Zustimmung denkfauler Wähler zielt. Das mit

dem Begriff „Hirntod“ gemeinte Erfolgsdefizit der FDP scheint mir teilweise darin zu gründen, dass notorische Besserwisser nicht besonders beliebt sind.

Chaos nutzen? (9.10.2024) Meiner Meinung nach sollte die FDP nicht den Moment der Schwäche der Koalitionspartner nutzen um sich nach deren personellen Umbrüchen wahlkampfartig aufzustellen. Ich halte es für verantwortungsvoll, die Regierungsarbeit so vernünftig wie bisher weiterzuführen. Wahlkampforientierte Taktiken sollten nicht zu den demokratischen Usancen gehören.

Praktische Folgen = politisches Handeln

Bürgerbewegung Finanzwende

<https://www.finanzwende.de/>

<https://www.finanzwende.de/mitmachen/newsletter>

Zivilgesellschaftliche Reformbewegung Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)

<https://germany.econgood.org/>

<https://germany.econgood.org/newsletter/>